

Richtlinien und Verordnungen kommen  
**...von der Europäischen Union (EU) für alle Länder in der EU**



Bildquelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) von Colourbox/Salaverria

Gesetze und Vorschriften kommen

...aus dem Deutschen Bundestag für ganz Deutschland



Bildquelle: Deutscher Bundestag

Gesetze und Vorschriften kommen

...aus dem Landtag Rheinland-Pfalz für das ganze Land Rheinland-Pfalz



Bildquelle: Landtag Rheinland-Pfalz

Satzungen und Vorschriften kommen  
...von den Kommunalvertretungen (Rathäuser der Städte und Gemeinden, Kreisverwaltung etc.)  
für die Städte, Gemeinden und Landkreise

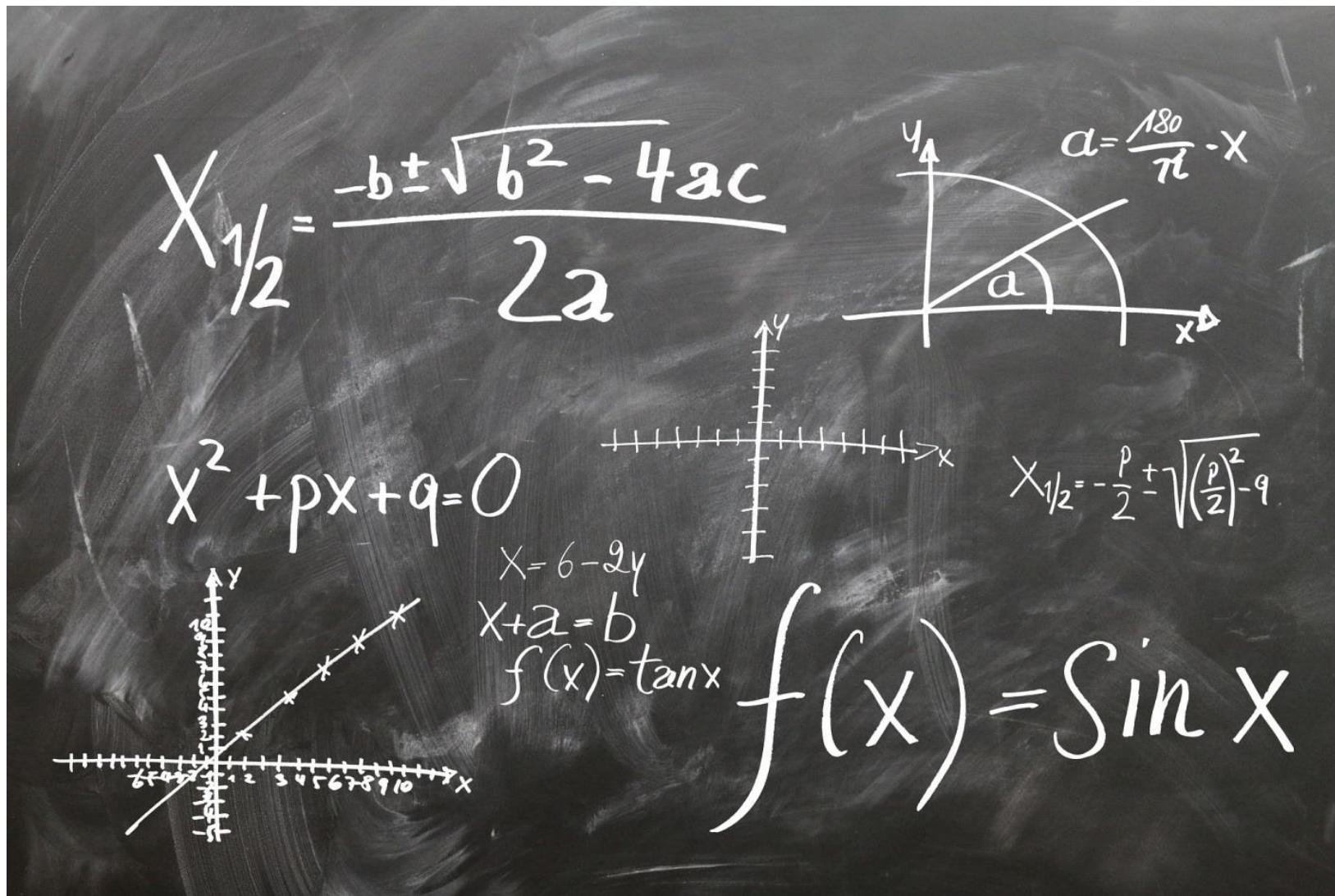


Bildquelle: Stadt Mainz

## Militär



## Bildung



## Wie man eine Partei gründet

**CVP**

Christliche Volkspartei

**APD**

Arbeitnehmerpartei Deutschlands

**PSG**

Partei der sozialen Gerechtigkeit



Ökologisch-soziale Partei

## Ladenschlussgesetze



## Staatsangehörigkeit



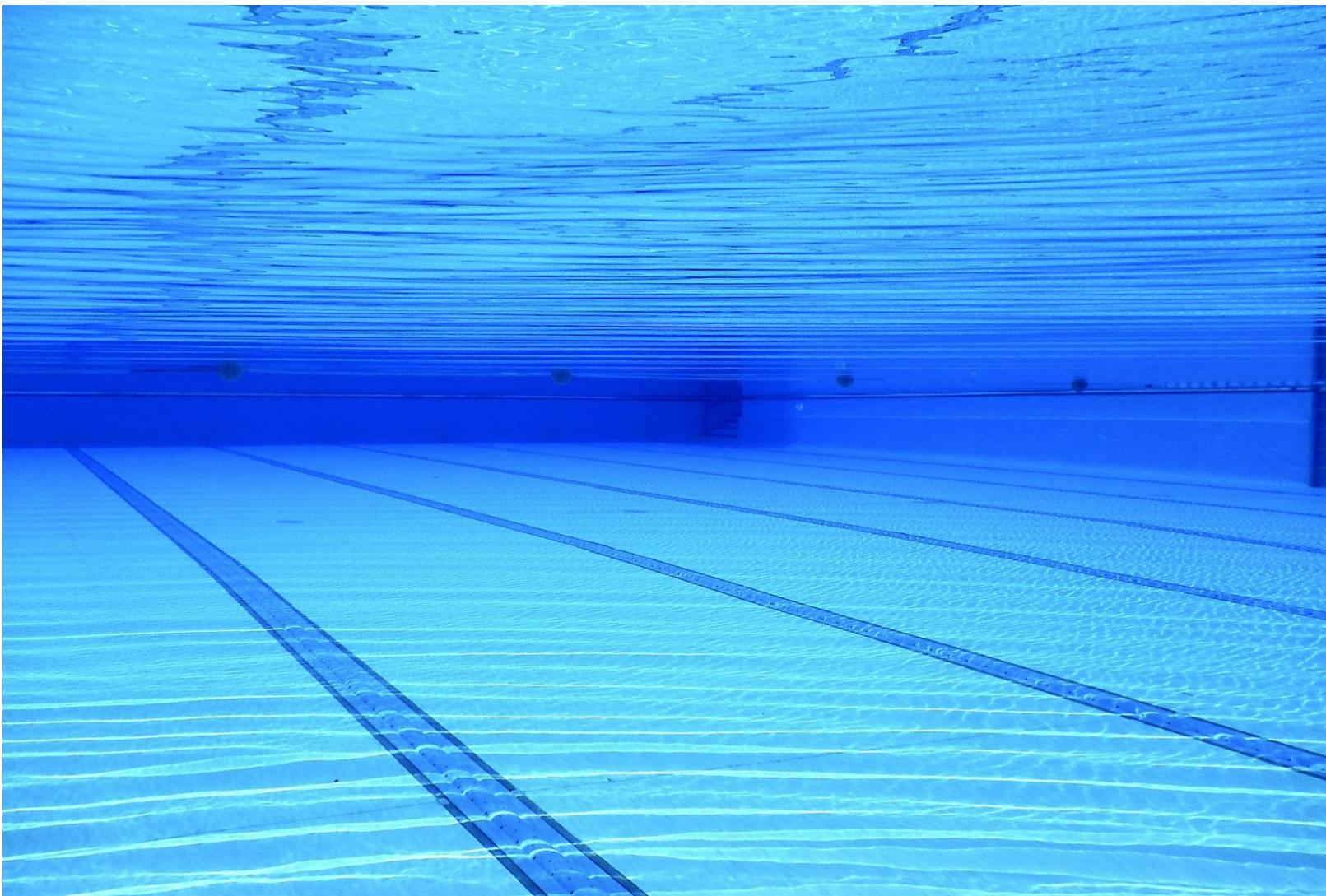
## Ein- und Auswanderung



## Wann ein Dorf zur Stadt wird



## Sanierung des Schwimmbads



## Polizeiwesen



## Rundfunkrecht



## Hochsee- und Küstenschifffahrt



## Zollbestimmungen



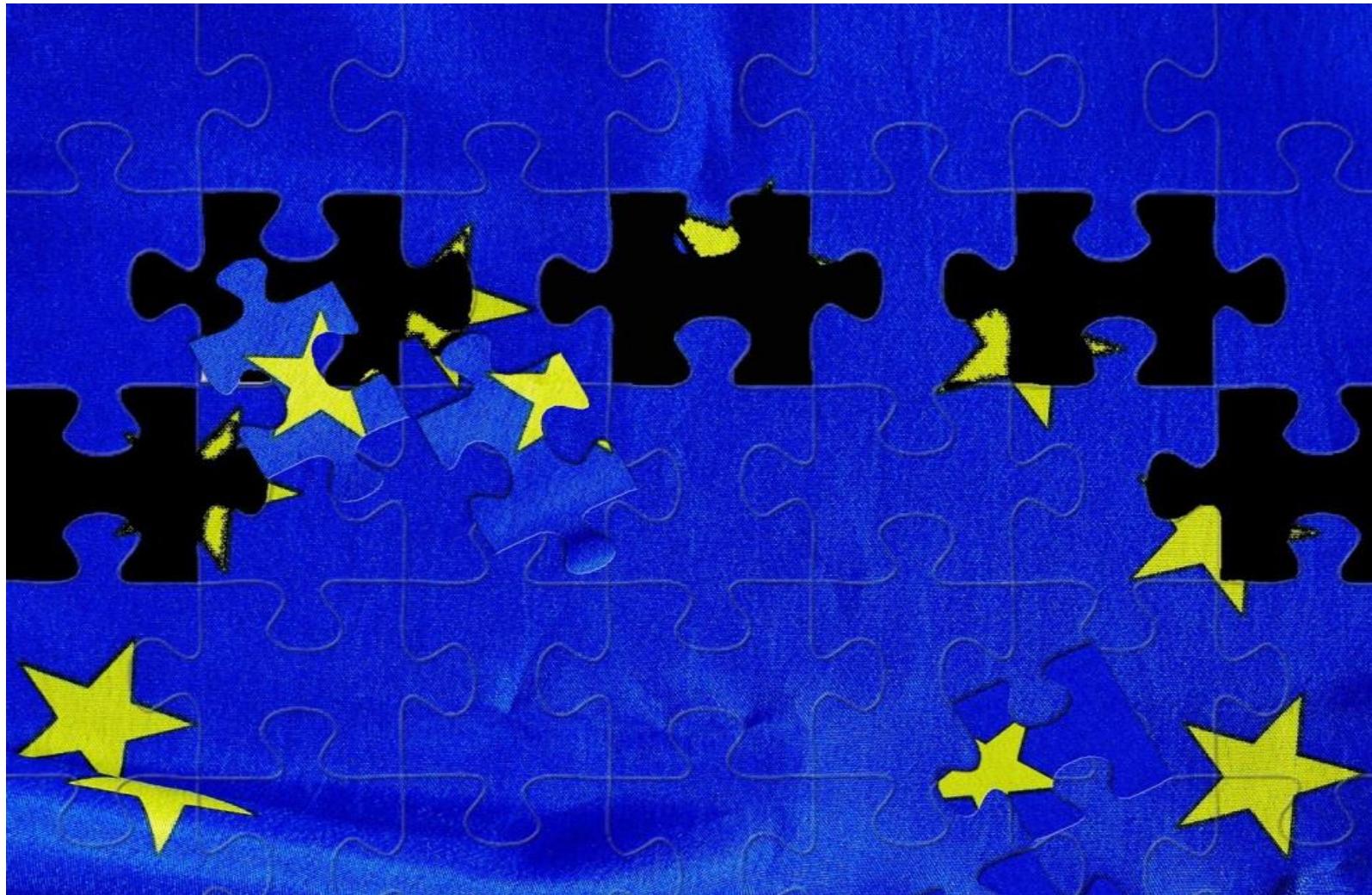
## Eherecht, z. B. Gesetz über „Ehe für Alle“



## Festsetzung der Volljährigkeit



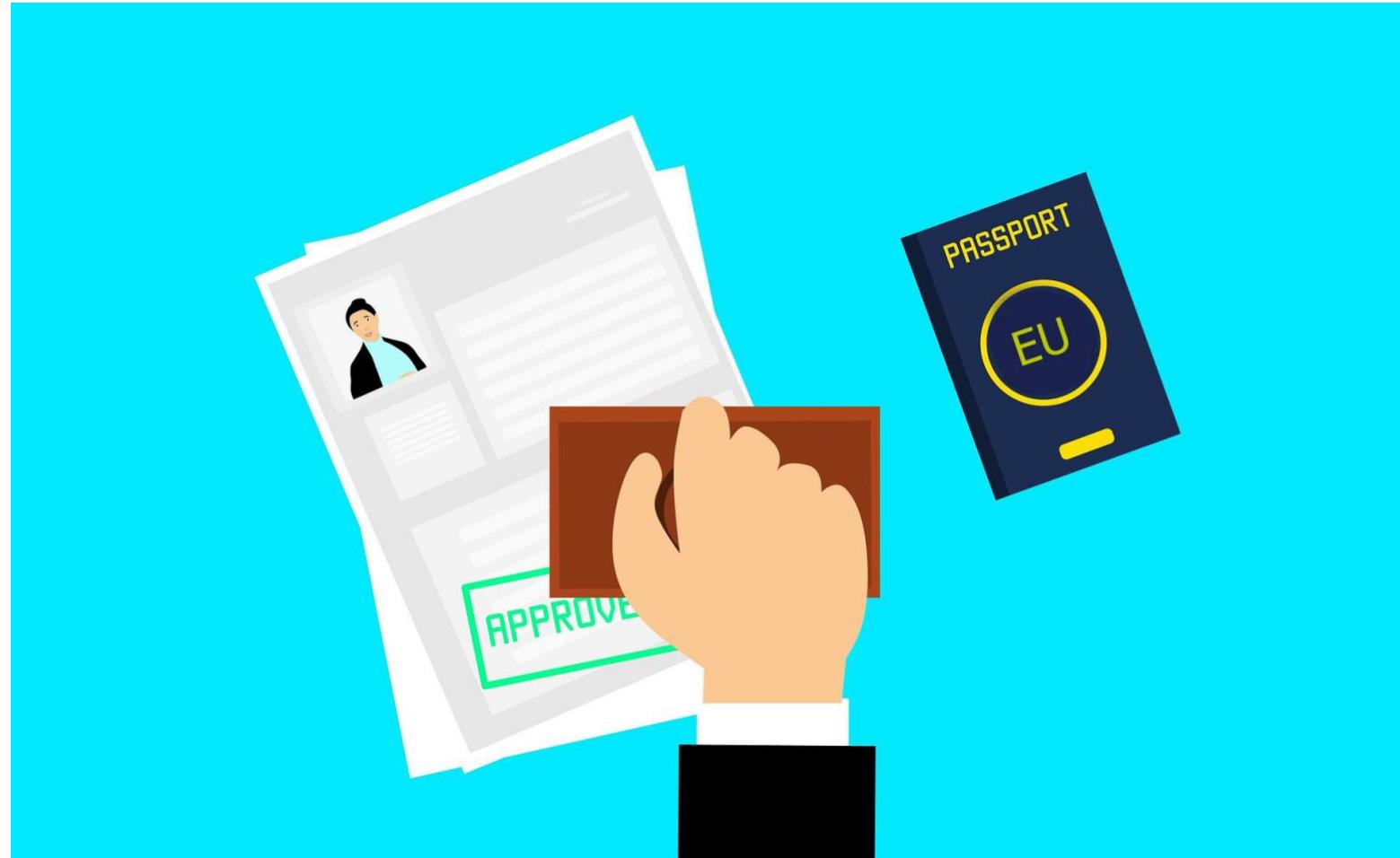
## Beitritt von Mitgliedsstaaten in die EU



## Kein Verkauf von Backöfen mit hohem Stromverbrauch



**Menschen dürfen auch in Polen, Schweden oder Spanien arbeiten,  
wenn sie dort eine Stelle finden**



## Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen



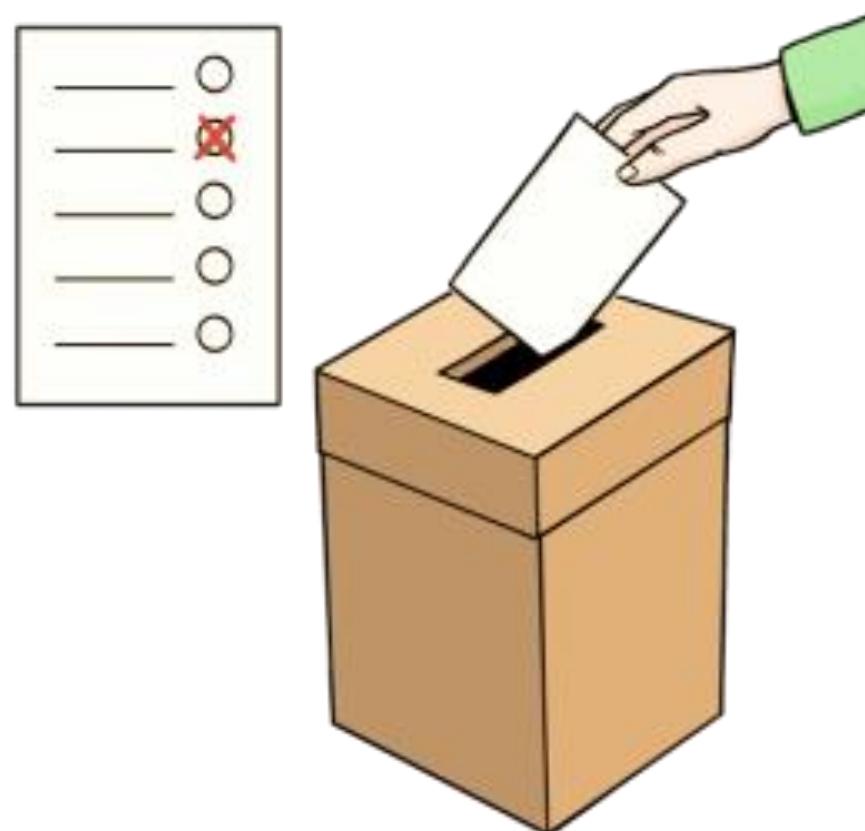
**Alle Arbeiter/innen müssen pro Tag elf zusammenhängende Stunden Ruhezeit haben**



**Menschen dürfen wegen ihrer Religion, einer Behinderung, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung nicht unterschiedlich behandelt werden**

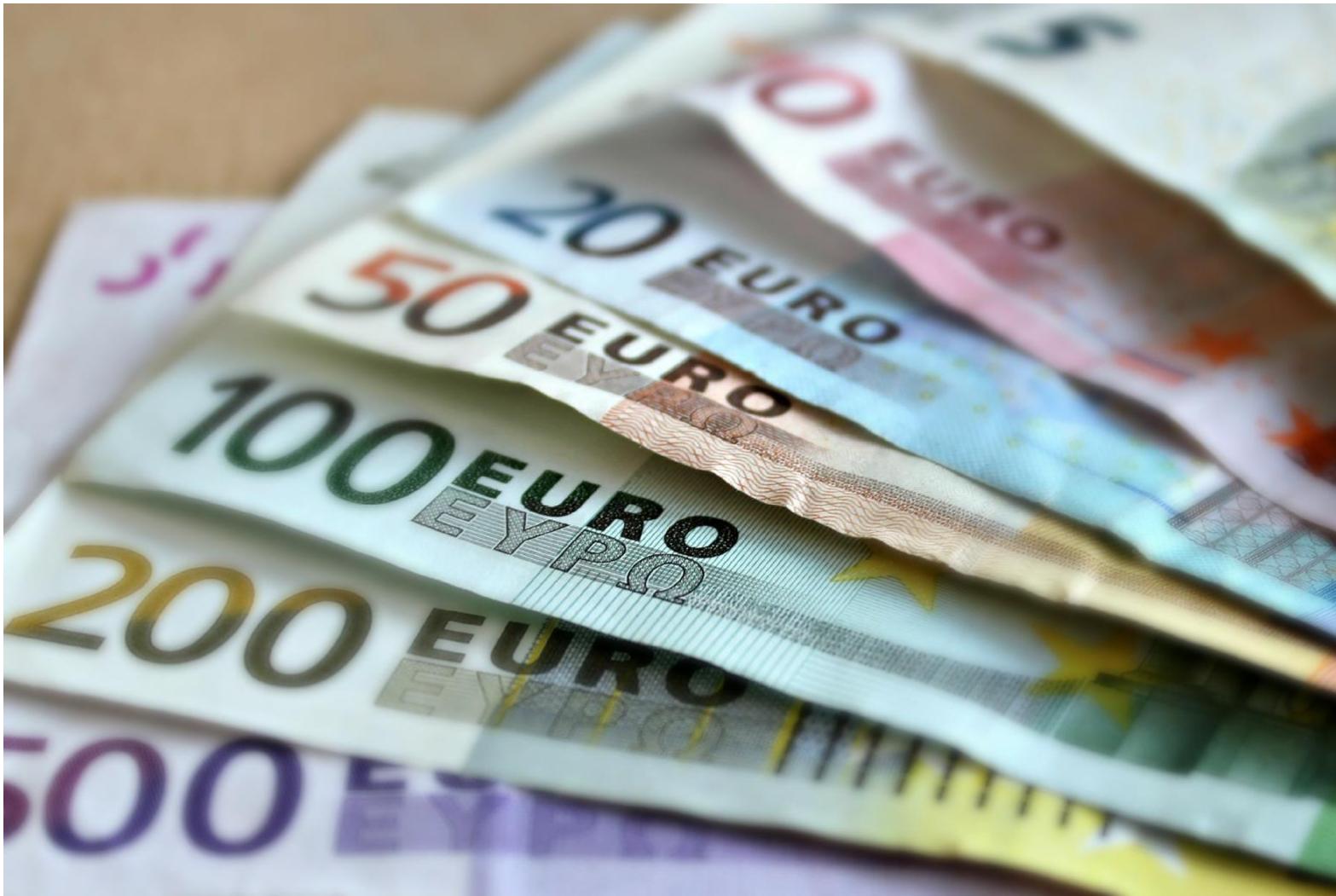


## Wahlberechtigung für die Landtagswahl

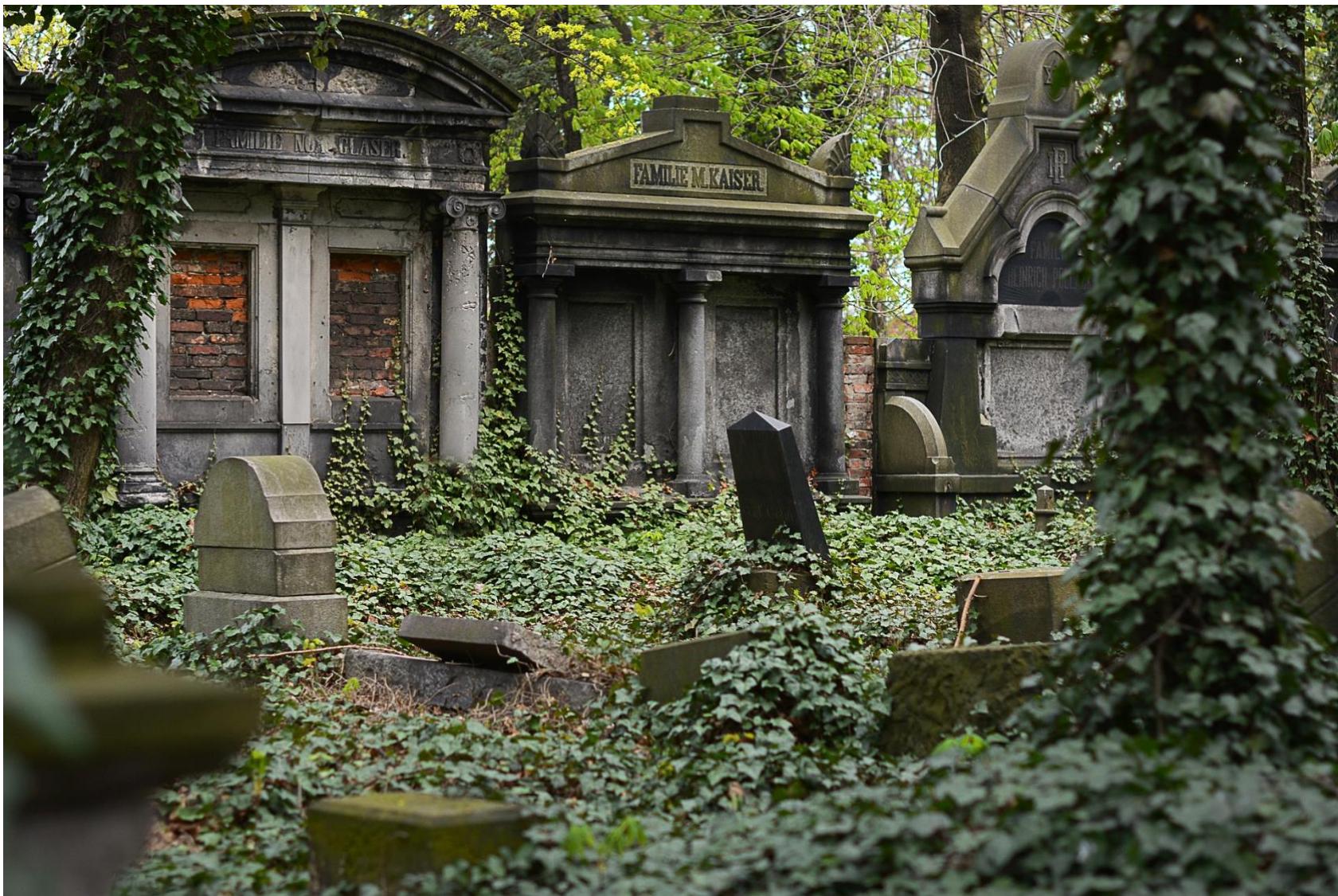


Bildquelle: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V., Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

## Diäten (d.h. „Gehalt“) der Landtagsabgeordneten



## Instandhaltung von Friedhöfen



## Öffentlicher Personennahverkehr (z.B. Straßenbahnausbau, mehr Buslinien etc.)



## Lösungen mit Anmerkungen

<b>EU</b>	<b>Bund</b>	<b>Länder</b>	<b>Kommune</b>
<b>Beitritt von Mitgliedstaaten in die EU</b> (Art. 49 Vertrag über die Europäische Union)	<b>Militär</b> (Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG) Zusatzinfo: aber abhängig von Bündnissen, wie der NATO und UN-Mandaten für Einsätze	<b>Polizeiwesen</b> (Art. 30 und 70 Abs. I GG) Zusatzinfo: mit Ausnahme des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei, die z.B. für Grenzschutz zuständig ist und der kommunalen Polizeibehörden (a.k.a. „Ordnungsamt“); beim Grenzschutz wiederum gibt es eine Zusammenarbeit durch FRONTEX; außerdem Kommunalpolizei/Stadtpolizei (meist sog. „Ordnungsamt“)	<b>Sanierung eines Schwimmbads</b> (Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe)
<b>Kein Verkauf von Backöfen mit hohem Stromverbrauch</b> (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU)	<b>Wie man eine Partei gründet</b> (Art. 21 GG und Parteiengesetz)	<b>Kommunalrecht (z.B. wann wird ein Dorf zur Stadt?)</b> (Art. 30 und 70 Abs. I GG)	<b>Instandhaltung von Friedhöfen</b> (Pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe)
<b>Mama darf auch in Polen, Schweden oder Spanien arbeiten, wenn sie dort eine Stelle findet</b> (Art. 45 AEUV)	<b>Ein- und Auswanderung</b> (Art. 73 Abs. 1 Nr. 3 GG) Zusatzinfo: aber Binnenraum EU & Dublin-III-Verordnung Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013	<b>Rundfunkrecht</b> (Art. 30 und 70 Abs. I GG) Zusatzinfo: Die Zuständigkeit des Bundes für die Telekommunikation aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG betrifft nur die Übertragungstechnik ab Studioausgang	<b>Öffentlicher Personennahverkehr (z.B. Straßenausbau, mehr Buslinien etc.)</b> (Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe) – Ausnahme als nichteinklagbare pflichtige Selbstverwaltungs-aufgabe ist z. B. die Schülerbeförderung

EU	Bund	Länder	Kommunen
	<b>Staatsangehörigkeit</b> (Art. 73 Abs. I Nr. 2 GG)	<b>Diäten (d.h. „Gehalt“) der Landtagsabgeordneten</b>  (§5 Abs. I und II Abgeordneten Gesetz Rheinland-Pfalz)	
	<b>Zollbestimmungen</b> <b>Bund: Einheit des Zoll- und Handelsgebietes</b> (Art. 73 Abs. I Nr. 5 GG) <b>EU: Zollunion</b> (Art. 28 AEUV) Zusatzinfo: Ausnahmen auch innerhalb der EU: z.B. Versand von Alkohol/Tabakwaren	<b>Bildung</b> (Art. 30 GG und z.B. Schulgesetz Rheinland-Pfalz) Zusatzinfo: aber Einfluss aller Bundesländer durch Abstimmungen der KMK und Bildungsfonds auf Bundesebene und im Studienbereich auch über nationale Zusammenarbeit (Bologna-Prozess)	
<b>Menschen dürfen wegen ihrer Religion, einer Behinderung, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung nicht unterschiedlich behandelt werden</b> (u.a. Art. 19 AEUV) Zusatzinfo: Nichtdiskriminierung auch auf Bundesebene und in fast allen Ländern, wenngleich nicht immer in allen Bereichen und bezogen auf alle Kategorien	<b>Gesetz zur Einführung auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts („Ehe für Alle“)</b>  Zusatzinfo: Seit 1.10.2017 in Kraft	<b>Wahlberechtigung für Landtagswahl</b> (§ 2 Landeswahlgesetz des Landes Rheinland-Pfalz)	

EU	Bund	Länder	Kommunen
<p><b>Jeder Arbeiter muss pro Tag elf zusammenhängende Stunden Ruhezeit haben</b>            (Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 Kapitel 2 Artikel 3)            Zusatzinfo: Arbeitsschutz auch auf Bundes- und Länderebene</p>	<p><b>Festsetzung der Volljährigkeit</b>            (§2 BGB)</p>	<p><b>Ladenschlussgesetze</b>            (Art. 74 Abs. 11 GG)</p>	
	<p><b>Hochsee- und Küstenschifffahrt</b>            (Art. 74 Abs. I Nr. 21 GG)</p>		
<p><b>Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen</b>            (Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 und GemO)            Zusatzinfo: EU-Richtlinie gibt vor, dass alle EU-Bürger in der EU kommunal wählen können müssen --&gt; Das Land muss dieses Recht innerhalb seines Kommunalrechtes umsetzen.</p>		<p><b>Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen</b>            (Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 und GemO)            Zusatzinfo: EU-Richtlinie gibt vor, dass alle EU-Bürger in der EU kommunal wählen können müssen --&gt; Das Land muss dieses Recht innerhalb seines Kommunalrechtes umsetzen.</p>	